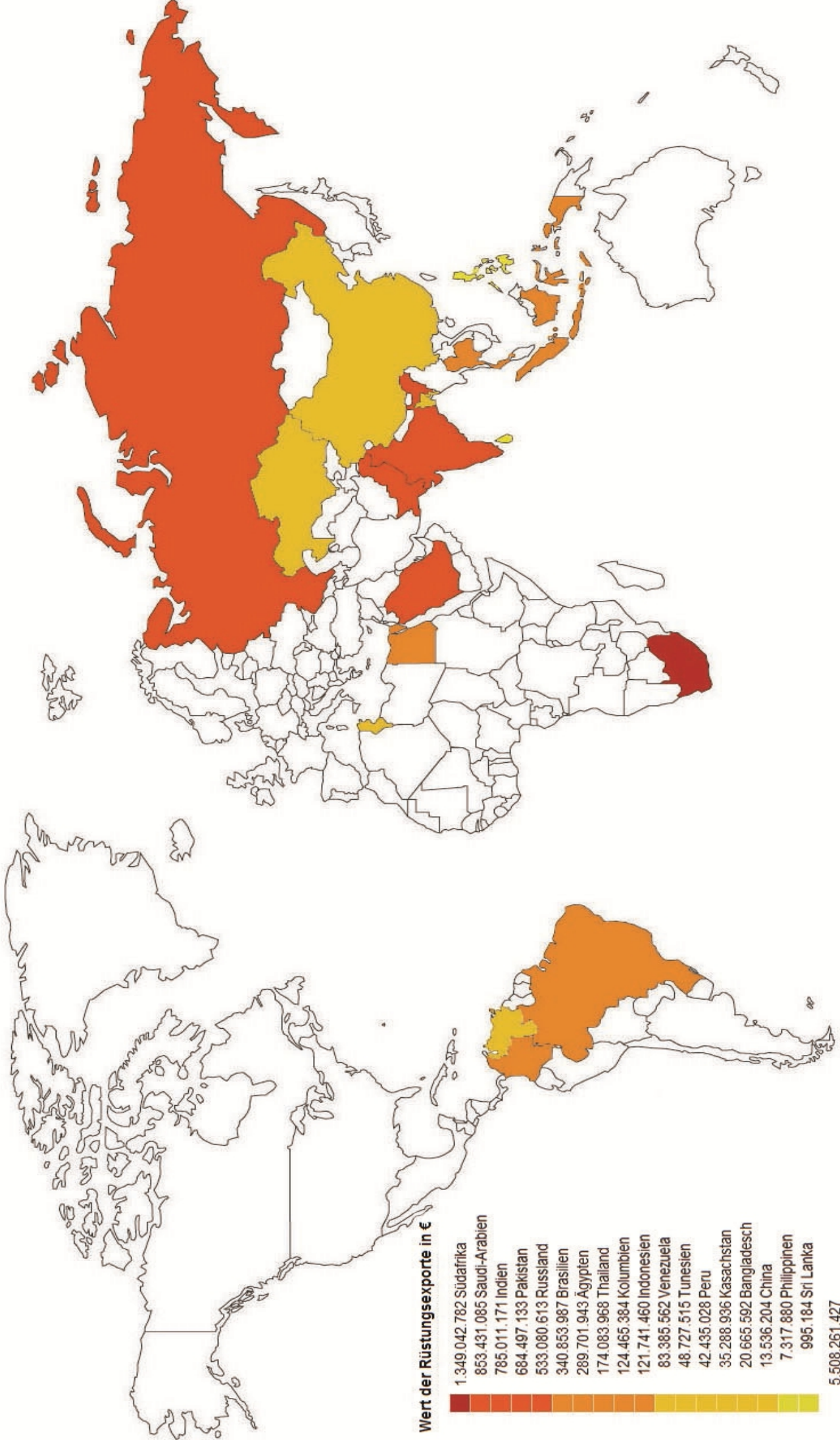


Deutsche Rüstungsexporte an normverletzende Staaten
von 1999 bis 2010



Zum ewigen Frieden

Deutsche Rüstungsexporte von 1999 bis 2010

MA Barbora Lenneffer

Die Bundesregierung behauptet eine wertorientierte und restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen. Die Aussage entspricht aber nicht den Fakten, da Deutschland jährlich militärische Güter an eine Mehrzahl von Staaten exportiert, die gegen internationale Normen und Prinzipien verstoßen. Das beweisen sogar ihre eigenen Rüstungsexportberichte.

Deutschlands Anteil am internationalen Waffenhandel hat sich in den letzten 10 Jahren von 5% auf 11% mehr als verdoppelt¹. Die Bundesrepublik ist somit nach den USA und Russland der weltweit drittgrößte Rüstungsexporteur. Das ist nichts Neues, aber auch nichts Verwerfliches, solange sich Waffenexporte an die internationalen Normen und Prinzipien halten.

Eines dieser internationalen und vor allem europäischen Regelwerke ist der EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren. Darin wird besonders Wert darauf gelegt, dass keine Waffen an Länder verkauft werden, die gegen Menschenrechte verstoßen und/oder in einem innerstaatlichen Konflikt verwickelt sind. Deutschland sieht sich in einer Vorbildfunktion, wenn es darum geht, diesen Normen in ihrer Exportpolitik Folge zu leisten. Exemplarisch hierfür steht die Erklärung des Auswärtigen Amtes: „Die Bundesrepublik verfügt über ein besonders strenges und weltweit vorbildliches System der Rüstungsexportkontrolle und gehört zusammen mit ihren EU-Partnern zu den aktivsten Befürwortern eines rechtlich verbindlichen und weitreichenden internationalen Waffenhandelsabkommens.“²

In meiner Masterarbeit: „Deutschlands Konformität mit dem EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren von 1999 bis 2010“³ bin ich der Frage nachgegangen, ob es tatsächlich möglich ist, der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt zu sein und sich gleichzeitig ausnahmslos an internationale Kriterien zu halten. Hierfür habe ich die seit 1999 erscheinenden Berichte der BRD über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter (Rüstungsexportberichte 1999 bis 2010)⁴ analysiert und ausgewertet. Die Berichte werden jedes Jahr vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) veröffentlicht und geben einen Überblick über alle im Vorjahr getätigten Waffenausfuhren.

Deutsche Rüstungsexporte (RE) an Ø 190 Staaten von 1999 bis 2010 (Werte in €)

	1999 – 2001	2002 – 2006	2007 – 2010	1999 – 2010
Bundesregierung	SPD/Grüne I	SPD/Grüne II	CDU/SPD	
Anzahl der Lizenzen für RE	41.691	48.741	63.627	154.059
Anzahl der Ablehnungen	460	313	389	1.162
Wert der Rüstungsexporte	12.796.570.039	16.965.849.419	19.253.406.991	49.015.826.449
Wert der Ablehnungen	71.219.798	55.063.069	162.963.551	289.246.418

Quelle: Rüstungsexportberichte 1999 – 2010

Tabelle: Lenneffer (2015)

¹Wolff, Reinhard (2011), „Deutschland verdoppelt Waffenexport“, *taz.de*, 14. März, <http://taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/deutschland-verdoppelt-waffenexport/> (10. April, 2012)

²Auswärtiges Amt (2012), „30. Forum Globale Fragen: Der internationale Waffenhandelsvertrag - mehr Sicherheit durch gemeinsame Standards“, 6. Juni, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/617882/publicationFile/168868/Programm.pdf>

³Lenneffer, Barbora (2012), „Deutschlands Konformität mit dem EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren von 1999 bis 2010“ + Datenset aus 46 Anhängen, Freie Universität, Humboldt Universität, Universität Potsdam, 15. Oktober

⁴Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (1999 – 2010), „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter“, SIPRI, http://www.sipri.org/research/armaments/transfers/transparency/national_reports/germany/germany-national-reports (2. Dezember 2011)

Deutscher Rüstungsexport an maritime Staaten

Den Berichten zufolge exportiert Deutschland Rüstungsgüter im Durchschnitt an 190 Staaten im Jahr. Insgesamt wurden zwischen 1999 und 2010 rund 155.000 Lizenzen im Wert von 49 Milliarden € vergeben, bei lediglich 1.100 Ablehnungen im Wert von 290 Millionen €.

Die Bundesregierung gliedert ihre Abnehmer in drei Kategorien und gibt im Rüstungsexportbericht verschieden Auskunft über Waffenexporte in diese Länder. Exporte in die erste und zweite Kategorie, also EU-Staaten und NATO- bzw. NATO-gleichgestellte Länder (Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz) sind grundsätzlich nicht beschränkt. Ausfuhren in alle sonstigen Staaten, sog. Drittländer, werden hingegen „restriktiv gehandhabt“⁵. Informationen über Rüstungsexporte in Drittländer sind detaillierter und daher transparenter als Daten über Ausfuhren an Deutschlands engste Sicherheitspartner: EU- und NATO-Staaten.

Meine Studie beschränkt sich auf 61 maritime Staaten, die im Zeitraum von 12 Jahren seerelevante Güter, spezifisch die Kategorie 9 „Kriegsschiffe“, importiert haben. Von 1999 bis 2010 wurden nahezu 140.000 Lizenzen im Gesamtwert von 47,2 Milliarden €⁶ an maritime Staaten autorisiert. Das entspricht 97% der Rüstungsexporte an alle 190 Staaten. Die Hauptabnehmer deutscher Rüstung waren dabei die USA (6,5 Milliarden €), Südkorea (4,2 Milliarden €) und die Türkei (3 Milliarden €). Von den 61 maritimen Staaten grenzen 58 Länder an internationale Gewässer. Allerdings befinden sich unter ihnen auch drei Binnenländer, nämlich die Schweiz, Österreich und Luxemburg.

Die Rüstungsexportdaten umfassen den Zeitraum von drei Legislaturperioden: Zweimal die Rot/Grün Koalition von 1999 bis 2002 und 2003 bis 2006 und letztens die Schwarz/Rote Regierung von 2007 bis 2010. Beim Vergleich der drei Regierungen fallen zwei Dinge besonders auf: Erstens sind deutsche Rüstungsausfuhren unabhängig von Kabinettskonstellation stetig gestiegen. Zweitens haben sich die Abnehmer deutscher Waffen von mehrheitlich EU-/NATO- zu Drittstaaten verlagert. Unter der Großen Koalition gingen 38% aller Rüstungsexporte an Drittstaaten, wohingegen es unter der Regierung Schröder/Fischer I noch 25% und unter der zweiten Rot/Grünen Koalition 30% waren.

Rüstungsausfuhren an 61 Maritime Staaten nach Staatenkategorie in €

	1999-2001		2002-2006		2007-2010		1999 - 2010	
	SPD/Grüne I	AaE	SPD/Grüne II	AaE	CDU/SPD	AaE		AaE
Bundesregierung								
EU Staaten	4.843.711.150	38%	7.031.557.877	41%	6.734.077.676	35%	18.609.346.703	38%
NATO Staaten	4.477.905.670	35%	4.314.947.201	25%	4.040.634.056	21%	12.833.486.927	26%
Drittstaaten	3.181.143.264	25%	5.168.773.089	30%	7.403.147.012	38%	15.753.063.365	32%
Maritime Staaten	12.502.760.084	98%	16.515.278.167	94%	18.177.858.744	94%	47.195.896.995	96%
190 Staaten	12.796.570.039	100%	16.965.849.419	100%	19.253.406.991	100%	49.015.826.451	100%

Quelle: Rüstungsexportberichte 1999 – 2010

AaE = Anteil am Export

Tabelle: Lenneffer (2015)

⁵ BMWi (2008), Rüstungsexportbericht, S.3

⁶Lenneffer (2014) Anhang 2

Normwidrige Rüstungsexportpolitik

Um Deutschlands Konformität mit internationalen Normen zu überprüfen, wurden 61 maritime Länder zum einen mit dem Political Terror Scale (PTS) für Menschenrechte⁷ und zum anderen mit dem UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset⁸ zu innerstaatlichen Konflikten verglichen. Die Daten zeigen 21 Länder auf, somit ein Drittel aller maritimen Staaten, die gegen Menschenrechte verstoßen und/oder die im Zeitraum von 12 Jahren in einer innerstaatlichen Auseinandersetzung verwickelt waren. Von diesen 21 Ländern sind zwei NATO-Staaten und 19 Drittländer. Rüstungsexportdaten an die USA, die Türkei und Israel wurden bei der weiterführenden Analyse ausgelassen, da die ersten beiden Staaten Deutschlands enge NATO- Partner sind und die BRD eine besondere Partnerschaft mit Israel hat. Demnach verbleiben 18 normverletzende Drittstaaten.

	MRV	ISK
Ägypten	X	
Bangladesch	X	
Brasilien	X	
China	X	
Die Philippinen	X	X
Indien	X	X
Indonesien	X	X
Kasachstan	X	
Kolumbien	X	X
Pakistan	X	X
Peru		X
Russland	X	X
Saudi Arabien	X	
Sri Lanka	X	X
Südafrika	X	
Thailand	X	X
Tunesien	X	
Venezuela	X	

Quellen:

MRV: Menschenrechtsverletzungen

Gibney, Marc (2010), Political Terror Scale (PTS)

ISK: Staaten im Innerstaatlichen Konflikt

Gleditsch et al. (2002),

UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset – Version 4/11

Tabelle: Lenneffer (2012) Anhang 9a,b

Rüstungsexporte an Menschenrechtsverletzende Staaten von 1999 bis 2010

Anzahl der Lizenzen		Wert der RE in €		
1	4.101 Russland	1.349.042.782	Südafrika	1 PTS-Bewertung: 3
2	1.921 Indien	853.431.085	Saudi Arabien	2 PTS-Bewertung: 4
3	1.586 Südafrika	785.011.171	Indien	3 PTS-Bewertung: 5
4	1.473 Saudi Arabien	684.497.133	Pakistan	4
5	1.114 Thailand	533.080.613	Russland	5 Quelle:
6	922 Brasilien	340.853.987	Brasilien	6 Gibney, Marc (2010),
7	750 Kasachstan	289.701.943	Ägypten	7 The Political Terror Scale (PTS)
8	726 Ägypten	174.083.968	Thailand	8
9	365 Pakistan	124.465.384	Kolumbien	9 Tabelle: Lenneffer (2015)
10	313 Bangladesch	121.741.460	Indonesien	10
11	210 Indonesien	83.385.562	Venezuela	11
12	190 China	48.727.515	Tunesien	12
13	111 Kolumbien	35.288.936	Kasachstan	13
14	75 Die Philippinen	20.665.592	Bangladesch	14
15	62 Tunesien	13.536.204	China	15
16	31 Venezuela	7.317.880	Die Philippinen	16
17	13 Sri Lanka	995.184	Sri Lanka	17
	13.963	5.465.826.399		

Der Political Terror Scale ist eine Datenbank, die Professor Marc Gibney von der University of North Carolina in Asheville entwickelt hat und jährlich fortführt. Die Datenbank misst Menschenrechtsverletzungen anhand einer fünfstufigen Skala. Wenn ausschweifende Verhaftungen von Bürgern in Staaten konstant vorkommen, dann wird das Land auf Stufe 3 eingestuft. Schlimme Menschenrechtsverletzungen der Stufe fünf werden dann deklariert, wenn innerstaatlicher Terror auf die ganze Bevölkerung ausgeweitet wird. Von insgesamt 61 maritimen Staaten exportierte die Bundesregierung an 17, die im Zeitraum von 12 Jahren Menschenrechte zu unterschiedlichen Graden verletzt haben.

⁷Gibney, Marc (2010), "The Political Terror Scale – Ratings based on Amnesty International Reports", *Political Terror Scale*, <http://www.politicalterror scale.org/ptsdata.php> (4.April 2012)

⁸Gleditsch et al. (2002), "UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset – Version 4/2011", *Uppsala Conflict Data Program (UCDP) and Centre for the Study of Civil Wars, International Peace Research Institute, Oslo (PRIO)* http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/datasets/ucdp_prio_armed_conflict_dataset/ (4.April 2012)

Zwischen 1999 und 2010 wurden 451 Lizenzen im Wert von 180 Millionen € an diese 17 Staaten abgelehnt, jedoch 14.000 Lizenzen im Wert von 5,5 Milliarden € gebilligt. Dem PTS zufolge wurde die Menschenrechtslage in Kolumbien, Pakistan und Sri Lanka am schlechtesten bewertet. Trotzdem genehmigte Deutschland 490 Lizenzen im Wert von 809 Millionen € an diese drei Länder.

Rüstungsexporte an Staaten im innerstaatlichen Konflikt von 1999 bis 2010

Anzahl der Lizenzen		Wert der RE in €	
1	4.101 Russland	785.011.171	Indien
2	1.921 Indien	684.497.133	Pakistan
3	1.114 Thailand	533.080.613	Russland
4	210 Indonesien	174.083.968	Thailand
5	365 Pakistan	124.465.384	Kolumbien
6	111 Kolumbien	121.741.460	Indonesien
7	75 Die Philippinen	42.435.028	Peru
8	68 Peru	7.317.880	Die Philippinen
9	13 Sri Lanka	995.184	Sri Lanka
	7.978	2.473.627.821	

1 Dauer des Konflikts: 8 bis 12 Jahre
2 Dauer des Konflikts: >12 Jahre
3
4 Quelle:
5 Gleditsch et al. (2002),
6 UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset
7 Version 4/11
8
9 Tabelle: Lenneffer (2015)

Das UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset ist eine skandinavische Kooperation zwischen den Universitäten aus Uppsala und Oslo. In dem Datenset wird innerstaatlicher Konflikt in zwei Intensitäten unterteilt: Geringfügiger Konflikt resultiert aus 25 bis 999 konfliktbezogenen Todesopfern, wohingegen von Krieg gesprochen wird, sobald die Konfrontation mehr als 1.000 Opfer im Jahr fordert. Dem Datenset zufolge exportierte die Bundesrepublik Waffen an neun Länder, die in einem innerstaatlichen Konflikt verstrickt waren. Sieben von diesen neun Ländern befanden sich über den ganzen Zeitraum von 12 Jahren in dieser Auseinandersetzung. Zwei Länder, Thailand und Indonesien, trugen ihre Kampfhandlungen über die Dauer von acht Jahren aus.

Einerseits wurden von 1999 bis 2010 295 Ablehnungen im Wert von 130 Millionen € an diese neun Länder ausgesprochen, andererseits hat Deutschland rund 8.000 Lizenzen im Wert von 2,5 Milliarden € gebilligt.

Normwidrige Rüstungsexporte der einzelnen Regierungen

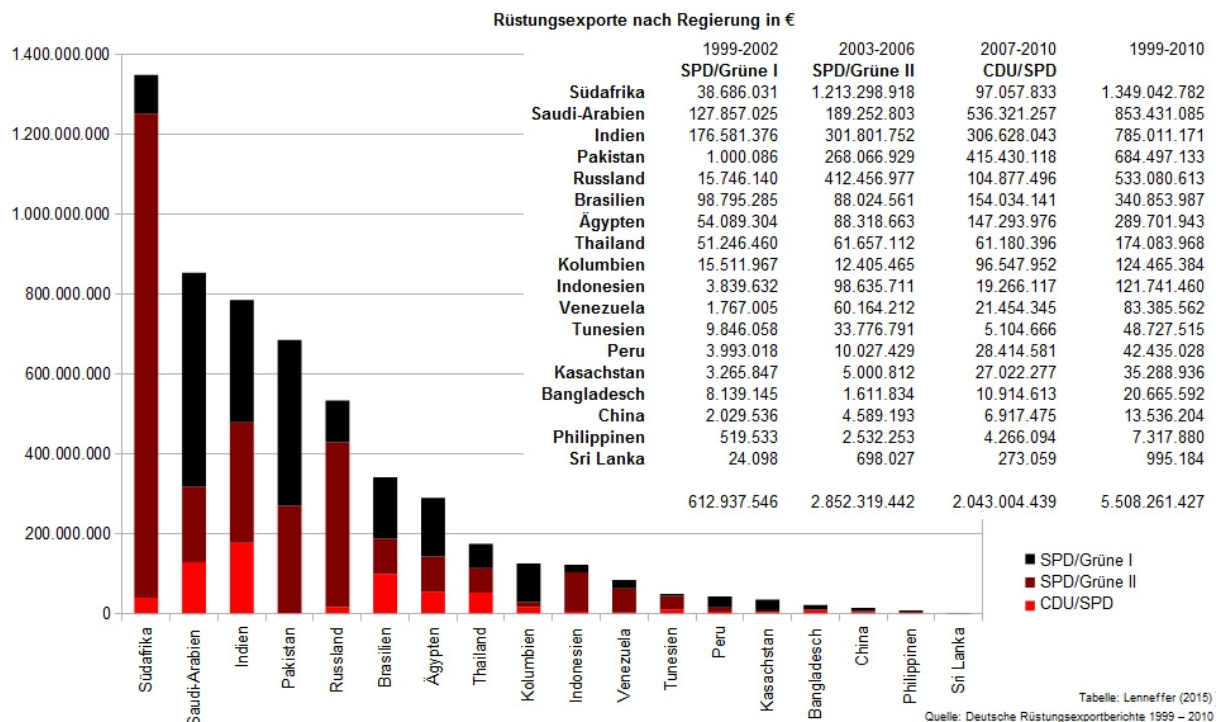
Von 1999 bis 2010 wurden 452 Ablehnungen im Wert von 172 Millionen € an 18 Länder ausgesprochen, die internationale Normen brechen. Im Gegenzug wurden 14.000 Lizenzen im Gesamtwert von 5,5 Milliarden € genehmigt. Das entspricht 9% aller Lizenzen und 11% des Gesamtwertes der Rüstungsausfuhren an alle 190 Staaten.

Rüstungsexporte an 18 normverletzende Staaten (Werte in €)

	1999 – 2001	2002 – 2006	2007 – 2010	1999 – 2010
Bundesregierung	SPD/Grüne I	SPD/Grüne II	CDU/SPD	
Anzahl der Lizenzen für RE	3.336	4.463	6.232	14.031
Anzahl der Ablehnungen	201	87	164	452
Wert der Rüstungsexporte	612.937.546	2.852.319.442	2.043.004.439	5.508.261.427
Wert der Ablehnungen	45.011.390	8.584.850	118.893.242	172.489.482

Quelle: Rüstungsexportberichte 1999 – 2010

Tabelle: Lenneffer (2015)



Bei der Gegenüberstellung normwidriger Rüstungsexporte hinsichtlich der Kabinettskonstellation ergibt sich folgendes Bild: Unter Rot/Grün I wurden 3.336 Lizenzen im Wert von 613 Millionen € an 18 Staaten vergeben, die internationale Normen nicht respektieren. Zwischen 2002 und 2006 sprach die zweite Rot/Grüne Koalition 4.463 Lizenzen im Wert von 2,9 Milliarden € aus, wohingegen die große Koalition in vier Jahren 6.232 Lizenzen im Wert von 2 Milliarden € billigte.

Den gravierendsten Unterschied stellte hingegen das Ausmaß der Rüstungsexporte nach Saudi Arabien und Pakistan dar. CDU/SPD exportierte in vier Jahren annähernd das Doppelte an diese beiden Staaten als die beiden Rot/Grünen Koalitionen gemeinsam.

Rüstungsausfuhren nach Saudi Arabien (Werte in €)

	1999 – 2001	2002 – 2006	2007 – 2010	1999 – 2010
Bundesregierung	SPD/Grüne I	SPD/Grüne II	CDU/SPD	
Anzahl der Lizenzen für RE	314	465	694	1.473
Anzahl der Ablehnungen	2.094	0	0	2.094
Wert der Rüstungsexporte	127.857.025	189.252.803	536.321.257	853.431.085
Wert der Ablehnungen	1	0	0	1

Rüstungsausfuhren nach Pakistan (Werte in €)

	1999 – 2001	2002 – 2006	2007 – 2010	1999 – 2010
Bundesregierung	SPD/Grüne I	SPD/Grüne II	CDU/SPD	
Anzahl der Lizenzen für RE	27	114	224	365
Anzahl der Ablehnungen	24	17	15	56
Wert der Rüstungsexporte	1.000.086	268.066.929	415.430.118	684.497.133
Wert der Ablehnungen	2.150.311	349.615	42.969.445	45.469.371

Quelle: Rüstungsexportberichte 1999 – 2010

Tabelle: Lenneffer (2015)

Zusammenfassend lässt sich durch Deutschlands eigene Berichte belegen, dass die Bundesrepublik jedes Jahr militärische Güter an 18 Staaten verkaufte, die regelmäßig internationale bzw. europäische Normen brechen. 17 Staaten verletzen Menschenrechte und neun Staaten waren in einen innerstaatlichen Konflikt involviert. Acht Staaten verstießen gar gegen beide Normen: Kolumbien, Indien, Indonesien, Pakistan, die Philippinen, Russland, Sri Lanka und Thailand.

Demokratie ist keine Voraussetzung

Internationale Verträge zu Rüstungsexporten beinhalten in keinster Weise, dass importierende Staaten Demokratien sein müssen. Die Notwendigkeit der Wahrung von Menschenrechten ist in jedes Regelwerk integriert, jedoch dürfen Diktaturen und Monarchien, so sie denn Menschenrechte wahren, legal Waffen aus Deutschland importieren.

Wenn man maritime Staaten mit Demokratiedaten von Freedom House⁹ vergleicht, haben folgende Staaten schlechte Demokratiewerte, jedoch gute Menschenrechtsdaten: Kuwait, Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Oman, Malaysia, Singapur und Brunei. Sie dürfen daher regelkonform Rüstung aus Deutschland kaufen. Im Gegensatz dazu weisen elf maritime Staaten sowohl schlechte Demokratie- als auch Menschenrechtsdaten auf: Kolumbien, Tunesien, Ägypten, China, Kasachstan, Saudi Arabien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch, Thailand und die Philippinen. Gemäß internationalem Regelwerk ist es nicht legitim, Rüstungsgüter an diese Staaten zu exportieren. Ungeachtet dessen geschieht das jedes Jahr im Wert von mehreren Millionen Euro.

Rüstungsexporte in die Schweiz

Waffenausfuhren an die Schweiz stellen eine weitere Besonderheit da. Innerhalb von 12 Jahren hat die Schweiz militärische Güter im Wert von 1,4 Milliarden €¹⁰ importiert, was sie zum elftgrößten Abnehmer deutscher Rüstung macht. Bei der Anzahl der Lizenzen ist die Schweiz sogar Spitzenreiter. Bis 2010 gewährte Deutschland 19.802 Lizenzen. Das übertrifft selbst die Lizenzvergabe an die USA bei weitem (14.388).¹¹

Wenn man nun die Größe des Landes und ihre betonte Neutralität in internationalen Konflikten berücksichtigt, stellt sich die Frage, aus welchem Grund die Schweiz überhaupt Rüstungsgüter importiert. Laut Schweizer Rüstungsexportberichten exportiert das Land an verschiedene afrikanische Staaten, darunter Botswana und Ghana.¹² Die Vermutung liegt nahe, dass die Schweiz ein Umschlagort für Waffenausfuhren sein könnte, um Rüstung in Länder auszuführen, die internationale Normen und Prinzipien brechen. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass die Schweiz 1999 Rüstungsgüter im Wert von 170.000.000€ von Deutschland erwarb, davon 85.000.000 € allein in Munition¹³.

⁹Freedom House (2010), "Freedom in the World 2010", *Freedom House*, <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2010> (7. April 2012)

¹⁰Lenneffer (2012) Anhang 2

¹¹Lenneffer (2012) Anhang 2

¹²SIPRI (2011), "Trade Register Switzerland", *Stockholm International Peace Research Institute*, http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php (7. April 2012)

¹³BMWi, REB 1999, S.15

Fazit

Die Bundesrepublik ist nicht das Vorbild, welches es zu sein vorgibt. Sie veröffentlicht zwar die weltweit detailliertesten Rüstungsexportberichte, dennoch weisen diese zu zahlreiche Lücken auf, um aus ihnen ein vollständiges Bild ihres Rüstungsexportverhaltens ableiten zu können. Hinzu kommt die Tatsache, dass Berlin weder Auskunft noch Erklärung abgibt, warum sie an Staaten exportiert, die gegen internationale Normen verstoßen.

Im Juli 2013 wurde das Kanzleramt mit einem Panzerdeal nach Saudi Arabien konfrontiert. Bis heute hat es dazu keine Stellung bezogen. In den Medien wurde dieser Deal als Skandal präsentiert. In der Realität ist das wahre Ausmaß der Waffenexporte nach Saudi Arabien jedoch viel größer. Zwischen 1999 und 2010 wurden militärische Güter im Wert von 853 Millionen € nach Saudi Arabien exportiert, mehr als die Hälfte davon (536 Millionen €)¹⁴ unter Schwarz/Roter Regierung.

Deutsche Rüstungsexportpolitik steht selten im Fokus breiter gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Entscheidungen werden hinter den verschlossenen Türen des Sicherheitsrates getroffen und sowohl der Bundestag als auch die Öffentlichkeit werden lediglich, und wenn überhaupt, im Nachhinein über getätigte Ausfuhren informiert. Eine Kehrtwende dieser Praxis ist besonders nach dem neusten Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht zu erwarten. Die Richter entschieden am 21. Oktober 2014, dass Rüstungsausfuhren weiterhin bis zur endgültigen Entscheidung geheim gehalten werden dürfen.

Rüstungsexporte machen weniger als 1% der weltweiten deutschen Exporte aus und doch beeinflusst dieses 1% viele Konflikte in den verschiedensten Regionen der Welt. Wegen den steigenden Exporten häufen sich Waffen an und werden durch ihre reine Präsenz zum einfachsten Mittel der Konfliktresolution. Trotz der hohen Intransparenz von Waffengeschäften sind illegale deutsche Waffenverkäufe ein offenes Geheimnis. Dennoch kritisieren das bisher nur eine handvoll Grüner und Linker Abgeordneter.

Alle Daten basieren auf den offiziellen deutschen Rüstungsexportberichten.
Das CopyRight zu allen Graphiken und Tabellen behalte ich mir vor.
Einsicht in Anhang 5,6 und 7 nach Anfrage

¹⁴ Lenneffer (2012) Anhang 20

